

Polen

Kai-Olaf Lang

Polens Europapolitik wurde überwölbt durch den Machtwechsel der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Herbst 2005. Die von Skandalen heimgesuchte regierende Linke hatte abgewirtschaftet, so dass ein Regierungswechsel vorprogrammiert war. Das Land hatte sich dabei auf eine Koalition aus der als pro-europäisch geltenden liberalkonservativen Bürgerplattform (PO) und der europaskeptischen Recht und Gerechtigkeit (PiS) eingestellt – der beiden stimmstärksten Parteien der Parlamentswahlen vom 25. September 2005. Als sich beide Gruppierungen entgegen ursprünglicher Ankündigungen nicht auf eine Zusammenarbeit einigen konnten, gelang dem überraschenden Wahlsieger PiS eine eigene Regierungsbildung. Die von dem bis dahin wenig bekannten Kazimierz Marcinkiewicz geführte Minderheitsregierung stützte sich auf die Stimmen der linkspopulistischen Selbstverteidigung (Samoobrona), der nationalkatholischen Liga der Polnischen Familien (LPR) und der Bauernpartei (PSL). Komplettiert wurde der politische Umschwung durch den unerwarteten Wahlsieg von Lech Kaczynski bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober. Dieser und sein Zwillingsbruder Jaroslaw sind seither Schlüsselfiguren der polnischen Politik.

Ministerpräsident Marcinkiewicz erwies sich bald als nüchterner Pragmatiker, der mit seiner als „liberal“ geltenden Finanzministerin Gilowska und dem international anerkannten Karrierediplomaten Meller als Außenminister mindestens zwei Stützen einer umsichtigen Wirtschafts-, Fiskal- und Europapolitik hatte. Durch die im Mai 2006 erfolgte Bildung einer Koalition mit den beiden radikalen Parteien Samoobrona und LPR erhielt Marcinkiewicz' Regierung zwar eine formell besser abgesicherte parlamentarische Basis, doch blieb die Regierungsbeteiligung von kontroversen populistischen Politikern nicht ohne Konsequenzen. Polens europäische und internationale Partner begleiteten das Avancieren des Samoobrona-Chefs Lepper zum Agrarminister oder des starken Mannes der LPR Giertych zum Bildungsminister mit großem Misstrauen. Außenminister Meller trat von seinem Amt zurück. Da der innenpolitisch überaus beliebte Marcinkiewicz zu einem Risiko für die Dominanz der Kaczynski-Brüder zu werden drohte, wurde er im Juli 2006 ausgewechselt und durch den PiS-Vorsitzenden Jaroslaw Kaczynski ersetzt.

Europaskepsis vs. Europragmatismus

Die grundlegende Veränderung des politischen Koordinatensystems ging mit großen Befürchtungen hinsichtlich der außen- und europapolitischen Kontinuität einher, begründet vor allem durch die von den Wahlsiegern angekündigte Neuausrichtung der polnischen Europapolitik im Sinne einer stärkeren Orientierung an den nationalen Interessen. Die PiS und ihre Führungsfiguren gaben sich als dezidierte Gegner der Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen und ebenso entschlossene Anhänger der intergouvernementalen Kooperation: „Die Entwicklung der Union sollte vor allem aus der harmonischen Zusammenarbeit souveräner Mitgliedstaaten resultieren.“¹ In der EU sieht die PiS „bedrohliche zentralisti-

1 Vgl. IV Rzeczpospolita, Sprawiedliwosc dla Wszystkich, „Program 2005“ der PiS <http://www.wybory.pis.org.pl/program.php>.

sche Trends“ am Werk, die zur Entstehung eines „Superstaats“ und einer „neuen ‚paneuropäischen‘ Identität, auf Kosten der Nationalstaaten und der Identität der europäischen Nationen“, führten.² Damit einher geht die Ablehnung des Verfassungsvertrags, da er angeblich den Institutionen der Union zahlreiche neue Kompetenzen überträgt, Polens Position durch die Einführung der doppelten Mehrheit schwächt und die Rolle des Christentums negiert.³ Da die Brüder Kaczynski überdies ein schwieriges Verhältnis zu Deutschland haben und dieses gerade während des Wahlkampfes betonten, schien ein aggressiver Stil in der Außenpolitik und eine europakritische Linie der neuen Warschauer Administration wahrscheinlich. Dennoch schwenkte die von Kazimierz Marcinkiewicz geführte Regierung nicht auf einen Konfrontationskurs um.

Ein Erfolg: Polen und der Finanzrahmen

Die Verhandlungen über den Finanzrahmen 2007-2013 wurden von Marcinkiewicz in einer professionellen und überraschend konstruktiven Art geführt. Zwar hatte Marcinkiewicz den Vorschlag der britischen Präsidentschaft auf Grund der drohenden Einbußen als „unannehmbar“ bezeichnet.⁴ Doch folgte keineswegs eine starre Trotzhaltung Polens. Ein im Vorfeld des Gipfels vom 15./16. Dezember 2005 veröffentlichter gemeinsamer Brief des polnischen Außenministers und seines französischen Amtskollegen, in dem eine gleichmäßige Aufteilung der Kosten der Erweiterung sowie eine Reduktion des britischen Rabatts gefordert und eine rasche Neuordnung der Gemeinsamen Agrarpolitik abgelehnt wurde, war einerseits Ausdruck der polnischen Enttäuschung über das Verhalten des britischen Vorsitzes.⁵ Gleichzeitig zeugte er auch von einer leichten Verbesserung der in früheren Jahren angespannten Beziehungen zu Frankreich und generell vom Willen Polens, seine Interessen durch eine elastische Bündnispolitik zu wahren. Dieser Ansatz einer flexiblen Entschlossenheit brachte ein aus polnischer Sicht ansehnliches Resultat. Erstens erhalten fünf besonders bedürftige Wojewodschaften in Ostpolen zusätzliche Mittel in Höhe von knapp 900 Mio. Euro (dabei verzichtete die deutsche Bundeskanzlerin auf 100 Mio., die für Ostdeutschland und Bayern vorgesehen waren). Zweitens gelang es den polnischen Unterhändlern, einen günstigen Wechselkurs des Zloty im Verhältnis zum Euro bei der Berechnung der Transfers durchzusetzen. Und drittens konnte Polen eine Reihe von Erleichterungen beim Mittelabruf erreichen (die auch für andere „ärmere“ Mitgliedstaaten gelten).⁶ Insgesamt wird Polen in den Jahren 2007-2013 rund 91 Mrd. Euro an Bruttotransfers erhalten (beinahe 60 Mrd. Euro Struktur- und Kohäsionsfonds, 27 Mrd. Euro Landwirtschaft, knapp 4 Mrd. für „Lissabon“-Zwecke), was nach Abzug der polnische Beiträge etwa 49 Mrd. Euro an Nettozufluss gleichkommt und Polen anstelle Spanien zum größten Empfängerland in der Union macht. Nicht nur Polens Regierung, auch Opposition und Fachkreise sprachen nach dem Gipfel von einem Erfolg.⁷ Vielleicht wichtiger als der monetäre Nutzen war für Polen, dass die als „europaskeptisch“ attribuierte Regierung Marcinkiewicz sich nicht isolierte, sondern als aktiver und anpassungsfähiger Partner auftrat.

2 IV Rzeczpospolita, Sprawiedliwosc dla Wszystkich, „Program 2005“ der PiS.

3 IV Rzeczpospolita, Sprawiedliwosc dla Wszystkich, „Program 2005“ der PiS.

4 Polska nie przyjmie takiego budzetu, in: Rzeczpospolita, 06.12.2005.

5 Budget impasse: EU needs to move on and the world will not wait, Joint letter of M. Philippe Douste-Blazy, Minister of Foreign Affairs, and Mr Stefan Meller, Polish Minister of Foreign Affairs, in: Financial Times, 15.12.2005.

6 Nowy budzet Unii: 60 mld zl rocznie dla Polski, in: Gazeta Wyborcza, 18.12.2005.

7 Vgl. Rokita: budzet UE – zly, ale gratuluje premierowi, PAP, 28.12.2005, www.pap.pl Rafa Trzaskowski, Budzet na lata 2007-2013, Ocena decyzji podjetych na szczycie UE w Brukseli w grudniu 2005, Analizy Natolinskie 1/2006, http://www.natolin.edu.pl/pdf/analizy/Natolin_Analiza_1_2006.pdf.

ZJI und GASP: aktive Mitwirkung

Aktiv wirkte Polen an wichtigen Politikfeldern der internen und externen Sicherheit mit. Im März 2006 nahm Polen erstmals am Treffen der Innenminister der großen EU-Mitgliedstaaten teil (G-5- nun G-6-Gruppe). Der polnische Innenminister betrachtet dies als „positives Beispiel solidarischer Zusammenarbeit der europäischen Gemeinschaft“. Nicht zuletzt sieht man hierdurch ein „Vorrücken in die Runde der wichtigsten EU-Länder“.⁸ Die vom französischen Innenminister ins Spiel gebrachte Umgestaltung der G-6 in ein breiteres politisches Zentrum der EU wird von der PiS-Führung als Chance für Polen betrachtet, in die erste Liga Europas aufzusteigen. Auch die für den Europäischen Haftbefehl notwendige Änderung der polnischen Verfassung wurde auf den Weg gebracht. Im Frühjahr 2005 hatte der polnische Verfassungsgerichtshof dessen Unvereinbarkeit mit der Verfassung festgestellt, jedoch für 18 Monate seine Anwendbarkeit aufrechterhalten und ausdrücklich auf die Nützlichkeit dieser Regelung hingewiesen. Bei der ersten Lesung der Änderungsinitiative im Juni 2006 brachte lediglich die antieuropäische LPR ihre Ablehnung zum Ausdruck.⁹

Zudem brachte Polen sich in die außenpolitische Diskussion der Europäischen Union ein, wobei wie schon zuvor die „östliche Dimension“ und die Europäische Nachbarschaftspolitik dominierten. Sichtbarer wurde Polens Engagement für Belarus. Schon als das Regime in Minsk 2005 die „polnische Karte“ spielte und polnische Minderheitenorganisationen zu drangsalieren begann, war Warschau bemüht, die EU für das Thema Belarus zu sensibilisieren. Diese Versuche nahmen im Zusammenhang mit den belarussischen Wahlen im Frühjahr 2006 nochmals zu, blieben aber wenig nachhaltig und standen deutlich hinter entsprechenden Aktivitäten hinsichtlich der Ukraine zurück.

Erstaunlich bejahend entwickelte sich auch Polens Beitrag zur ESVP. Obwohl in Polen nach wie vor wenig Begeisterung über die militärische Dimension der EU herrscht, bringen sich die polnischen Streitkräfte aktiv in die Battle Groups – einer gemeinsame Kampfgruppe mit Deutschland, der Slowakei und den baltischen Staaten – und die Missionen der Union ein. Polen stellt mit 130 Soldaten (vornehmlich Gendarmerie) das drittgrößte Kontingent beim EU-Einsatz in der Republik Kongo und sei laut Verteidigungsminister Sikorski bereit, gleiches auch in anderen Teilen der Welt zu tun.¹⁰

Eine missglückte Initiative: der Musketierpakt

Doch es blieb nicht nur bei positiven Eindrücken. Beispiel für eine Initiative, in der Polen seine nationalen Interessen letztlich ergebnislos „europäisieren“ wollte, ist der fehlgeschlagene Vorschlag eines „Europäischen Pakts der Energiesicherheit“. In zeitlichem und sachlichem Zusammenhang mit dem russisch-ukrainischen Gaskonflikt um die Jahreswende 2005/2006 präsentierte Polens Premierminister die Idee der „gegenseitigen Hilfe beteiligter Länder“ zur Kompensation politischer Abhängigkeit von Energielieferanten.¹¹ Dieses Energiesicherheitspakt enthielt im Kern die Verpflichtung der Mitgliedsländer, sich bei bedrohter Energiesicherheit gegenseitig „jegliche mögliche Form der Unterstützung außer

8 Spotkanie grupy G6 w Heiligendamm, Forum „Wymiar Sprawiedliwosci i Sprawy Wewnetrzne Unii Europejskiej”, 23.03.2006; kritisch zum polnischen Engagement in der G6-Gruppe: Artur Gruszczak, Polska w G6 – kopotliwy sukces, Forum „Wymiar Sprawiedliwosci i Sprawy Wewnetrzne Unii Europejskiej”, Komentarze, 24.3.2006, <http://www.wsisw.natolin.edu.pl>.

9 LPR blokuje sciganie bandytów, in: Rzeczpospolita, 22.06.2006.

10 Polacy pojedą do Konga, in: Rzeczpospolita, 16.05.2006.

11 Kazimierz Marcinkiewicz, „Europe's energy musketeers must stand together”, in: Financial Times, 09.02.2006.

„militärischer“ zu leisten. Potentielle Signatäre eines solchen Abkommens wären die Mitglieder von EU und NATO. Im Rahmen dieses eng an die Infrastruktur- und Energiepolitik der EU angebundnen Musketier-Pakts („Einer für alle, alle für einen“) stünde ein ständiger Austausch der Mitgliedsländer über ihre Energie- und Versorgungssicherheit sowie ihre Diversifizierungsanstrengungen.

Doch Polens Vorstoß erhielt keine mehrheitliche Unterstützung. Zu unklar war der Adressatenkreis (zu dem dann hin und wieder auch Länder wie die Ukraine gezählt wurden), fraglich blieb die Involvierung privater Wirtschaftssubjekte in einen solchen Pakt. Vor allem aber war für zahlreiche Mitgliedsländer die Stellung Rußlands in dem angestrebten Solidarmechanismus nicht hinnehmbar: Während Warschau eine „Energie-NATO“ mit Beistandsgarantien gegen politische Erpressungsversuche Moskaus wollte, favorisieren andere EU-Mitglieder einen Mechanismus der kooperativen Energiesicherheit unter Einschluss Russlands. Auf dem EU-Gipfel Ende März 2006 verzichtete Polens Regierungschef darauf, den Vorschlag der „Energie-NATO“ aktiv weiterzuverfolgen. Man habe den Begriff der Energiesolidarität erfolgreich in die Diskussion eingebracht, und das von der Kommission präsentierte „Grünbuch“ zur Energiepolitik berücksichtige zahlreiche polnische Forderungen, gab sich Marcinkiewicz bescheiden.¹² Als Teilerfolg konnte Polen werten, dass die Union künftig nur solche energiepolitischen Infrastrukturprojekte gutheißen will, die „allen Mitgliedstaaten zugute kommen“.¹³ Für Warschau impliziert ein solches Bekenntnis, dass die EU ein kontroverses Projekt wie die deutsch-russische Ostseepipeline nicht finanziell unterstützen darf.

Ungeliebter Verfassungsvertrag

Wie schon vor den Wahlen blieb die PiS auch nach dem Machterhalt bei der klaren Ablehnung des Verfassungsvertrags. Im Frühjahr 2006 kamen dann einige konkretere Äußerungen. Hatte Präsident Kaczynski bei seinem Frankreich-Besuch im Februar noch vorgeschlagen, über ein „neues institutionelles Abkommen“ nachzudenken, interpretierte der Leiter seiner außenpolitischen Abteilung diese Ankündigung nicht als gänzliche Ablehnung des Vertrags, sondern als Bereitschaft zu Gesprächen.¹⁴ Der außenpolitische Chefberater von Premier Marcinkiewicz wiederum sah im Vertrag von Nizza den Ausgangspunkt aller Diskussionen über die künftige vertragliche Grundlage der EU und behauptete gar, die jetzige Regierung fühle sich nicht an die Unterschrift ihrer Vorgängerin unter den Verfassungsvertrag gebunden.¹⁵ Dennoch: Bis zum Ende der Regierungszeit kamen weder von der Regierung, noch aus der Präsidialkanzlei präzise Vorschläge zur Lösung der Verfassungskrise.

Polen sagt Nein

Bei mehreren europapolitischen Themen nahm die von Marcinkiewicz geführte Regierung eine harte, ja starrsinnige Haltung ein, bei der sie auch Spannungen mit der Kommission oder den Partnern in Kauf nahm. Als besonders kurzsichtig erwies sich Polens Verhalten bei der Reform der Zuckermarktordnung. Im November 2005 hatte Polens Landwirt-

12 Szczyt pod napiciem, in: Rzeczpospolita, 24.3.2006.

13 Europäischer Rat (Brüssel), 15./16. JUNI 2006, Schlußfolgerungen des Vorsitzes, http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/90120.pdf (06.07.2006).

14 Krawczyk: nie ma woli odrzucenia Traktatu Konstytucyjnego, PAP, 28.02.2006, www.pap.pl.

15 Schnepf: Polska za traktatem z Nicei, ale nie neguje podpisu Belki pod unijna konstytucja, PAP, 3.3.2006, www.pap.pl.

schaftsminister Jurgiel das Reformpaket in Gänze abgelehnt.¹⁶ Als das Reformpaket längst unter Dach und Fach war und im Februar 2006 nur noch formell gebilligt werden musste, drohte Jurgiel mit einem brachialen Nein, wenn seine Forderung nach 50 Mio. Euro zusätzlicher Hilfen für Polens Zuckerproduzenten nicht erfüllt werde: Da Polens „vitale Interessen“ bedroht seien, fuhr man das schwere Geschütz eines Vetos bei Mehrheitsentscheidungen auf.¹⁷ Derlei Einwände wurden jedoch von der österreichischen Präsidentschaft schlicht abgewiesen und Warschau sah letztlich von seiner Drohung ab. Dies alles schadete Polens Image, denn „derartige Trotzreaktionen aus den Kinderjahren Europas werden in der reiferen EU nicht mehr als salonfähig angesehen“.¹⁸ Außerdem hätte Polen durch eine geschmeidigere Verhandlungstaktik wohl wesentlich mehr erreichen können.

Ähnlich unnachgiebig agierte Polen bei der Auseinandersetzung um reduzierte Mehrwertsteuersätze. Polen verhinderte hier zunächst – anfangs zusammen mit Tschechien und Zypern, dann allein – eine Einigung. Dies führte zu heftigen Reaktionen seitens des österreichischen Vorsizes und anderer Partner,¹⁹ aber auch zu Differenzen innerhalb der polnischen Regierung.²⁰ Erst als Kommissar Kovács deutlich machte, dass Polen seine Anliegen relativ einfach im Rahmen bestehender Regelungen erreichen konnte, lenkte Warschau ein.²¹

Banken, Geldpolitik und der Euro: Widerstände und Zögerlichkeiten

In der Finanzwelt löste insbesondere der Widerstand der polnischen Regierung gegen die Übernahme der Mehrheitsanteile an der polnischen Bank BPH durch die italienische Unicredit Unruhe aus. Unicredit, die schon 1999 rund 53% der polnischen Pekao SA Bank gekauft hatte, kam durch die Aquisition der Hypovereinsbank an die BPH-Anteile. Die von Unicredit angestrebte Fusion der beiden polnischen Finanzinstitute wurde von der polnischen Regierung aufgehalten, da man eine Zuwiderhandlung gegen das in Sachen Pekao geschlossene Privatisierungsabkommen sah. Die Kommission sah darin einen Verstoß gegen den Grundsatz der Kapitalfreiheit und erachtete die Bestimmungen des Privatisierungsvertrags als inkompatibel mit EU-Recht.²² Auch nachdem Warschau einen Kompromiss mit Unicredit gefunden hatte, hielt die Kommission an ihren Vorbehalten gegen Polens Verhalten fest, da sie der polnischen Regierung vorwarf, in die Kompetenzen der Union eingegriffen zu haben.²³ Die Opposition gegen die Bankenfusion stärkte zweifelsohne das Misstrauen gegenüber der Warschauer Regierung – in Fragen der Finanz- und Wirtschaftspolitik wie in der Europapolitik insgesamt.

16 Słodka reforma mimo polskiego sprzeciwu, in: *Gazeta Wyborcza*, 24.11.2005.

17 Cukier żywotny dla Polski, in: *Rzeczpospolita*, 21.02.2006.

18 Zur Reform der Zuckermarktordnung, Aktueller Wochenend-Kommentar vom 4. März 2006, in: *Agrarzeitung Ernährungsdienst*, 08.03.2006, www.agrimanager.de.

19 Polen wollte die im Beitrittsvertrag ausgehandelte bis 2007 reichende Frist für Ermäßigungen beim Wohnungserwerb und bei Reparaturarbeiten im Wohnungsbau bis 2010 ausdehnen. Vgl. Szok w Brukseli po polskim sprzeciwie w sprawie VAT, *Rzeczpospolita*, 01.02.2006.

20 Außenminister Meller sprach sich für ein Nachgeben aus, Europaminister Pietras hingegen verteidigte die unnachgiebige Position. *Dwie frakcje*, *Rzeczpospolita*, 02.02.2006.

21 Polska pogodziła się z Brukselą, *Rzeczpospolita*, 02.02.2006.

22 Fusionen: Kommission eröffnet Verfahren gegen Polen wegen Unterbindung des Zusammenschlusses Unicredito / HVB, IP/06/277 Brüssel, 08.03.2006, <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/277&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>.

23 Die Kommission wollte bis Ende Juli 2007 entscheiden, ob sie das Verfahren gegen Polen fortführt. *Bruksela a UniCredit*, in: *Rzeczpospolita*, 01.07.2006.

Kommissionspräsident Barroso etwa erklärte, Polen habe im Zusammenhang mit dem Unicredit-Streit „nicht die beste Art gezeigt, wie es sich an die europäischen Ideale halte“.²⁴

Für Verunsicherung sorgte auch die Distanz der neuen polnischen Administration hinsichtlich der Einführung des Euro. Mehrere PiS-Politiker, darunter auch Staatspräsident Lech Kaczynski, haben ein Referendum über Polens Beitritt zur Eurozone gefordert. Als einziges der neuen Mitgliedsländer zögerte Polen mit der Nennung eines anvisierten Datums für die Übernahme der Gemeinschaftswährung, erst im Mai 2006 bezeichnete Premier Marcinkiewicz das Jahr 2011 als Ziel hierfür.²⁵

Ein gemischtes Bild

Alles in allem ergibt sich somit ein gemischtes Bild: Polens Europapolitik stellte unter den von Kazimierz Marcinkiewicz geführten Regierungen ein Nebeneinander von undogmatischer Gewandtheit, halbgenen Initiativen und punktueller Widerborstigkeit dar. Insofern waren die europa- und außenpolitischen Folgen des polnischen Regierungswechsels wenig spektakulär. Auch die Bilanz der ersten beiden Jahre Polens in der EU fiel aus Sicht der Regierung klar positiv aus.²⁶ Doch machten innere Machtkämpfe, Kompetenzgerangel und Abstimmungsschwierigkeiten zwischen Premier, Staatspräsident und Parteichef die Herausbildung einer kohärenten Europapolitik unmöglich. Die Aufnahme der populistischen Parteien in die Koalition erwies sich als zusätzliches Handicap. Polen wurde vom Europäischen Parlament auf Grund wachsender Intoleranz durch „Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Homophobie“ gerügt.²⁷

Vor allem aber blieb Marcinkiewicz' Pragmatik überschattet von einer europakritischen Attitüde der Kaczynski-Brüder und großer Teile der PiS. Sie drängten Ansätze einer neuen Flexibilität zurück und gaben einen „assertiven Egoismus“²⁸ vor. Mit der Übernahme des Amtes des Ministerpräsidenten durch Jaroslaw Kaczynski scheint Polen eine härtere Gangart anzustreben. Eine „patriotische Außenpolitik“ soll den nationalen Interessen zum Durchbruch verhelfen, „mehr Entschlossenheit“ und „größere Kühnheit“ sollen Polens Position stärken.²⁹ Es bleibt abzuwarten, ob diesen Ankündigungen Taten folgen werden.

Weiterführende Literatur

- Krossa, Anne Sophie: Kollektive Identitäten in Ostmitteleuropa. Polen, Tschechien und Ungarn und die Integration der Europäischen Union, Berlin 2005.
- Lang, Kai-Olaf: Ostmitteleuropa nach dem Beitritt. Entwicklungen, Herausforderungen, Potentiale (SWP-Studie/S 2/2006), Berlin 2006.
- Lang, Kai-Olaf: Polen und Kerneuropa, in: WeltTrends, 14 (Frühjahr 2006) 50, S. 27-39.
- Goll, Thomas/Leuerer, Thomas (Hrsg.): Polen und Deutschland nach der EU-Osterweiterung. Eine schwierige Nachbarschaft, Baden-Baden 2005, S. 85-102.

24 Barroso krytykuje Polsk ws. UniCredito, in: Gazeta Wyborcza, 20.03.2006.

25 Euro w Polsce od 2011 roku?, in: Rzeczpospolita, 17.05.2006.

26 Selbst die einst europaskeptische Samoobrona bezeichnete die EU-Mitgliedschaft als „großen Erfolg“. Allein die LPR gab sich noch kritisch. Vgl. hierzu den offiziellen Bericht der Regierung über Kosten und Nutzen der ersten beiden Jahre in der EU. Informacja Rządu RP na temat bilansu kosztów i korzyści związanych z członkostwem Polski w Unii Europejskiej od 1 maja 2004 r. do 1 maja 2006 r., Warschau, 21.06.2006, [http://orka.sejm.gov.pl/Druki5ka.nsf/wgdruku/689/\\$file/689.pdf](http://orka.sejm.gov.pl/Druki5ka.nsf/wgdruku/689/$file/689.pdf).

27 Zunahme rassistischer und homophober Gewalttaten in Europa, Resolution des EP vom 15.06.2006, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2006-0273+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>.

28 So die Begrifflichkeit des damaligen Außenministers Stefan Meller: Język polityki i racja stanu, in: Rzeczpospolita, 01.04.2006.

29 So die Ankündigung J. Kaczynskis bei seiner Amtsübernahme. Potrzebne jest przyspieszenie, PAP, 14.07.2006.